

Mutwillig ins Elend gestürzt

Verstärkter Getreide- und Düngermangel durch Kriege treiben Menschen in den Hunger

von German Foreign Policy*

Die fortdauernde Aggression der USA gegenüber Iran und das fortdauernde Befeuern des Ukraine-kriegs durch Deutschland drohen Dutzende Millionen Menschen wegen ausbleibender Nahrungslieferungen in den Hunger zu treiben.

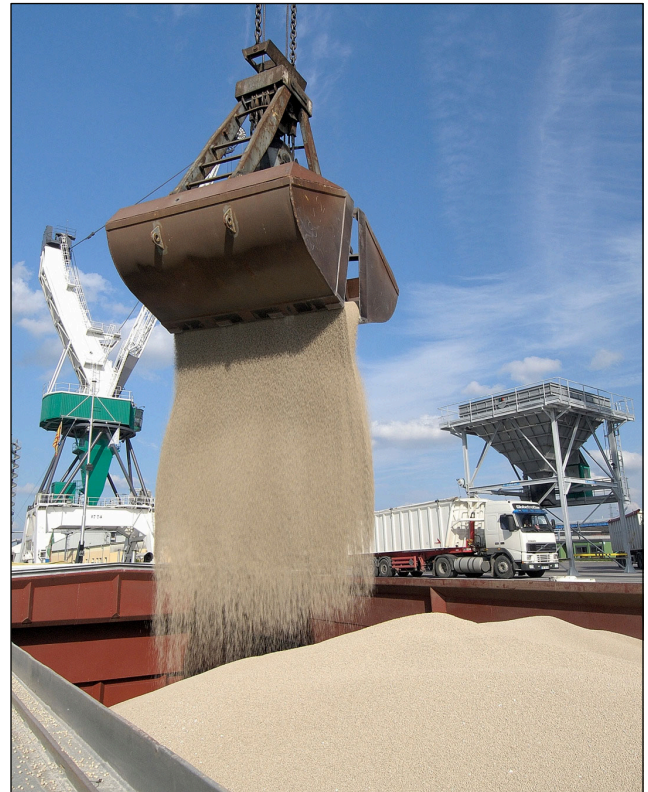
Die fortdauernde Aggression der USA gegen Iran, das Befeuern des Ukrainekriegs durch Deutschland und die EU sowie die daraus resultierenden Handelsblockaden treiben den Globalen Süden immer stärker in eine Nahrungsmittelkrise. Bereits im März hatte das *Welternährungsprogramm* der Vereinten Nationen gewarnt, allein der Irankrieg könne rund 45 Millionen Menschen weltweit in eine Hungersnot stürzen – zusätzlich zu den bereits hungernden 318 Millionen.

Wirkt sich die Sperrung der Strasse von Hormuz bereits gravierend aus, so kommt nun noch hinzu, dass ukrainisches und russisches Getreide kaum noch über das Schwarze Meer exportiert werden können; es geht um rund ein Viertel der Getreideexporte weltweit. Für den Globalen Süden wirkt sich fatal aus, dass das ungleiche Welthandelssystem ihn von Dünge- und von Grundnahrungsmitteln aus den Ländern des Nordens abhängig gemacht hat.

Zugleich dominiert in den USA wie auch in Deutschland und der EU das offene Interesse, jeweils die eigene Dominanz in Nah- und Mittelost (Irankrieg) respektive in Osteuropa (Ukraine-krieg) durchzusetzen. Washington und Berlin nehmen dabei anwachsenden Hunger im Globalen Süden in Kauf.

Neue Hungerrekorde

Bereits wenige Wochen nach Beginn des US-amerikanisch-israelischen Krieges gegen Iran



*Düngemittel-Verladung: Millionen unschuldiger Menschen werde durch die Kriege in den Hunger getrieben.
(Bild <https://agro-baltic.de>)*

hatte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (*World Food Programme*, WFP) gewarnt, der Krieg und die daraus resultierenden Handelsausfälle könnten fast 45 Millionen Menschen in eine akute Nahrungsmittelkrise treiben.¹ Sie kämen zu der erschreckenden Zahl von rund 318 Millionen Menschen hinzu, die schon jetzt unter akutem Hunger leiden. Damit läge die Gesamtzahl sogar noch oberhalb des Negativrekordes aus der Zeit bald nach Beginn des Ukraine-kriegs, als weltweit 349 Millionen Menschen von akutem Hunger betroffen waren.

Die Prognose des WFP basierte auf der Annahme, der Krieg werde bis Mitte des Jahres nicht beendet sein, und die Ölpreise würden dauerhaft über 100 US-Dollar pro Barrel liegen. Beides ist nun eingetreten; der Preis für Rohöl der Sorte Brent lag am gestrigen Dienstag [22. September] bei rund 101 Dollar pro Barrel. Gleichzeitig ist der Schiffsverkehr durch die Strasse von Hormuz weiterhin stark eingeschränkt.

* Das Nachrichtenmaterial der «Informationen zur Deutschen Aussenpolitik» (german-foreign-policy.com) stammt aus öffentlich zugänglichen Quellen, aus Korrespondentenberichten sowie Expertisen assoziierter Wissenschaftler, die das Kontinuum der deutschen Aussenpolitik in Einzelaspekten untersuchen. E-Mail: info@german-foreign-policy.com

Insidern zufolge passierten etwa am vergangenen Mittwoch lediglich drei Frachtschiffe die Meerenge² – deutlich weniger als der aktuelle Zehntagesdurchschnitt von etwa 17 Schiffen oder gar der Vorkriegsdurchschnitt, der mit mehr als 100 Schiffen pro Tag angegeben wird.³

Aktuell droht zudem eine partielle Sperrung der Meerenge *Bab al Mandab*, die bei Djibouti aus dem Roten Meer in den Indischen Ozean führt und punktuell als Ersatzroute für Exporte vor allem aus Saudi-Arabien genutzt werden kann.

Von Brennstoffen abhängig

Die Hungerkrise ist grösstenteils auf die Abhängigkeit der globalen Lebensmittelherstellung von der fossilen Brennstoffindustrie zurückzuführen. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fand weltweit ein Wandel statt: Anstelle von organischen Düngemitteln wie Mist und Kompost wurden zunehmend auf fossilen Brennstoffen basierende Düngemittel wie Ammoniak und Schwefel eingesetzt, um die Bodennährstoffe zu erhalten und die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern.

Heute stammen rund 30 Prozent des weltweit genutzten Ammoniaks aus den Erdöl- und Erdgasregionen des Mittleren Ostens; Saudi-Arabien ist sogar der zweitgrösste Ammoniakexporteur weltweit.⁴ Ebenso wird etwa die Hälfte des weltweit auf dem Seeweg transportierten Schwefels, der die Grundlage für Phosphatdünger bildet, durch die Strasse von Hormuz befördert. Dies gilt auch für rund 18 Prozent des Monoammoniumphosphats (MAP) und des Diammoniumphosphats (DAP) – zwei weiterer wichtiger Düngemittel, die zur Versorgung von Nutzpflanzen mit Phosphor eingesetzt werden.

Daten der Weltbank zeigen einen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Kraftstoffpreise und dem Anstieg der Düngemittel- und der Lebensmittelpreise. Bereits im März dieses Jahres stieg der Weltbank-Energiepreisindex um 41 Prozent, angeführt von einem Anstieg des Rohölpreises um 45,8 Prozent. Im selben Monat nahmen die Düngemittelpreise um 26,2 Prozent zu; auch die Lebensmittelpreise, auf die die Düngemittelpreise gewöhnlich erst mit Verzögerung durchschlagen, erhöhten sich bereits um 2,7 Prozent.

Zerstörte Chancen

Chancen, die Blockade der Strasse von Hormuz zu beenden und damit die Versorgung der Welt nicht nur mit Kraftstoffen, sondern auch mit Dün-



gemitteln wieder sicherzustellen, wurden von den Vereinigten Staaten, dem nach wie vor bedeutendsten aussereuropäischen Verbündeten der Bundesrepublik, mutwillig zunichte gemacht.

Solche Chancen boten der Waffenstillstand vom 7. April, der mit dem Beginn von Verhandlungen über einen 10-Punkte-Plan zur Beendigung des Krieges einherging, und eine Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding, MoU*) vom 17. Juni, die den Waffenstillstand um 60 Tage verlängerte und die Bestimmungen des 10-Punkte-Plans weiter konkretisierte.

Der 10-Punkte-Plan sah zunächst vor allem ein Ende der Kampfhandlungen der USA und Israels an allen Fronten sowie die Anerkennung der iranischen Kontrolle über die Strasse von Hormuz vor.⁵ Das MoU schrieb in nun 14 Punkten unter anderem eine Aufhebung der US-Seeblockade iranischer Häfen und Schiffe und im Gegenzug die Öffnung der Strasse von Hormuz für alle anderen Schiffe durch Iran fest.

Tatsächlich begann der Schiffsverkehr sich wieder zu erholen, bis die Vereinigten Staaten am 6. Juli die Kampfhandlungen erneut starteten, woraufhin Iran am 18. Juli ankündigte, nun eben auch seinerseits seine Verpflichtungen aus dem MoU nicht mehr zu erfüllen.⁶ Die USA setzen die Blockade der iranischen Schifffahrt bis heute fort; Iran setzt sich mit der Blockade der Strasse von Hormuz für andere Schiffe zur Wehr.

Super-El-Niño

Zusätzlich zur kriegsbedingten Sperrung der Strasse von Hormuz und partiell auch des Bab al Mandab droht nun El Niño weitere 50 Millionen Menschen weltweit in akute Hungersnot zu stürzen.⁷ El Niño ist ein Wettersystem, das alle paar

Jahre im Pazifik auftritt und weltweit zu Veränderungen der Niederschlagsmuster führt.

Der aktuell bevorstehende El Niño entwickelt sich zum stärksten seit mindestens 70 Jahren; manche bezeichnen ihn bereits als Super-El-Niño. Nach Angaben des WFP dürften selbst dann, wenn der El-Niño-Verlauf weniger stark ausfällt als von Wissenschaftlern vorhergesagt, immer noch rund 45 Millionen Menschen in Ernährungsunsicherheit geraten.

Zu den am stärksten betroffenen Regionen zählen Mittel- und Südamerika, die Karibik sowie das südliche Afrika. Darüber hinaus werden Süd- und Südostasien wahrscheinlich weniger Niederschläge als üblich verzeichnen. Die schlimmsten Auswirkungen werden voraussichtlich Ende 2027 zu spüren sein; bis dahin sind die aktuell bereits vorhandenen Nahrungsmittelvorräte aufgebraucht, aber noch nicht ausreichend durch neue ersetzt, da El Niño die diesjährige Ernte schwer schädigen wird.

«Die größten Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit» etwa «im südlichen Afrika werden während der Hungerperiode 2027 bis 2028 zu spüren sein», prognostiziert *Richard Choularton*, Leiter des Dienstes für Klima und Resilienz beim WFP.

Ungleicher Handel

Die kriegsbedingte Sperrung der Strasse von Hormuz wirkt sich auch deshalb so fatal auf die Nahrungsmittelversorgung im Globalen Süden aus – darauf wies schon vor Jahren *Vikas Rawal*, Professor an der renommierten Jawaharlal-Nehru-Universität in New Delhi, hin –, weil das globale Handelssystem Milliarden Menschen weltweit anfällig für kurzfristige Störungen und Schwankungen in der internationalen Nahrungsmittelversorgungskette gemacht hat. Rawal zufolge hat die jahrzehntelange Globalisierung dazu geführt, dass «der Globale Süden zu einer Quelle für Nahrungsmittelrohstoffe geworden ist, die in den Industrieländern nicht produziert werden können».⁸

Andererseits sind die Länder des Globalen Südens bei Grundnahrungsmitteln von der Landwirtschaft in den Industrieländern des Nordens abhängig geworden. In Indien beispielsweise, schreibt Rawal, haben die Landwirte aufgrund von Handelsliberalisierung und mangelnder staatlicher Unterstützung auf Kulturen umgestellt, die auf den internationalen Märkten höhere Preise erzielen, anstatt Pflanzen anzubauen, die die Ernährungssicherheit im eigenen Land gewährleisten.

Dies hat beispielsweise dazu geführt, dass zwischen 2017 und 2019 68 Prozent des in Indien verbrauchten Speiseöls und 17 Prozent der Hülsenfrüchte importiert werden mussten. Das gilt auch für Düngemittel: So wurden im Jahr 2020 30 Prozent des indischen Bedarfs an Harnstoff (Düngemittel auf Ammoniakbasis) und 60 Prozent des Bedarfs an Diammoniumphosphat durch Importe gedeckt. Zugleich lebten im Jahr 2020 62 Millionen Menschen allein in Indien in schwerer Ernährungsunsicherheit – die höchste Zahl in einem einzelnen Land.

Die Interessen des Westens

Zu den strukturellen Ursachen (dem globalen Handelssystem) und den klimatisch bedingten, durch den Klimawandel verschärften Problemen (El Niño) kommt jetzt ausser den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten auch noch der Ukraine-Krieg hinzu. Die Welle ukrainischer Angriffe auf russische Handelszentren und Raffinerien – auch im deutschen Establishment mit grosser Schadenfreude beklatscht – hat dazu geführt, dass Russland im Gegenzug erneut den ukrainischen Seehandel ins Visier nimmt und ukrainische Häfen und Schiffe attackiert. Darunter leidet der ukrainische Getreideexport, der in hohem Masse über das Schwarze Meer abgewickelt wird.

Weil die Ukraine zunehmend mit Seedrohnen russische Schiffe angreift, ist auch der russische Getreideexport beeinträchtigt. Beide Länder hätten zuletzt ein Viertel des globalen Getreideexports gestellt, wird berichtet; die Abnehmerländer im Globalen Süden seien nun von dramatischem Mangel bedroht.⁹

Lassen sich die strukturellen und die klimabedingten Ursachen für den anschwellenden Hunger nur langfristig bekämpfen, können die kriegsbedingten Ausfälle im Grundsatz sofort behoben werden – den entsprechenden Willen vorausgesetzt. Der aber ist nicht vorhanden: Im Westen dominiert das Interesse, die eigene Dominanz im Mittleren Osten (Irak-Krieg) sowie in Osteuropa (Ukraine-Krieg) durchzusetzen. Der Kampf gegen den Hunger interessiert weder Washington noch Berlin.

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10550>, 23. September 2026

¹ World Food Programme: WFP projects food insecurity could reach record levels as a result of Middle East escalation. *wfp.org* 17.03.2026

² Mohi Narayan: Number of ships transiting Strait of Hormuz falls to three on Wednesday, data shows.

reuters.com 17.09.2026.

³ Stephen Quillen: How much oil is going through Hormuz? Why data doesn't match US claims. *aljazeera.com* 03.09.2026.

⁴ Adam Hanieh: The coming global food crisis. *ft.com* 18.04.2026

⁵ Xinhua: What's in Iran's 10-point proposal in negotiations with US? *globaltimes.cn* 08.04.2026.

⁶ Middle East Eye Staff: Iran declares Islamabad

agreement suspended, blames US violations. *middleeasteye.net* 18.07.2026.

⁷ Fiona Harvey: El Niño could push 50m people into acute hunger before end of next year. *theguardian.com* 05.08.2026.

⁸ Vikas Rawal: Causes of Global Food Crisis and Lessons to Learn. *peoplesdemocracy.in* 12.06.2022.

⁹ Schwarzes Meer als «anderes Hormuz». *orf.at* 21.09.2026